

**Protokoll vom Aktionskreis am 28.10.2014
im Reinoldinum, kleiner Saal, Schwanenwall 34, 44137 Dortmund**

Anwesende: 12 Mitglieder, Birgit Rothenberg, Frau Kirsten, Protokollantin

Tagesordnung:

1. Ein Wechsel aus einer stationären Einrichtung in eine andere (Pflege-Eingliederungshilfe-)Einrichtung wird notwendig: Wer ist beteiligt? Was wird geprüft? Wer genehmigt? (Frau Kirsten/Stadt Dortmund; Träger angefragt)
2. Infos und Berichte
3. Absprachen für die Regionalplanungskonferenz am 26.11.2014: Beteiligung, Fragekarten des Aktionskreises...

zu 3) Absprachen für Regionalplanungskonferenz am 26.11.2014: Beteiligung, Fragekarten des Aktionskreises

Birgit Rothenberg berichtet:

Die Einladung zur diesjährigen Regionalplanungskonferenz wurde rausgeschickt. Online verfügbar ist sie auf dem Internetportal der Stadt Dortmund unter folgendem Link:

http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/menschen_mit_behinderungen/wohnen_mbb/regionalkonferenz_mb/starseite_regionalplanungskonferenz_mb.html

(Informationen der letzten Konferenz können zudem unter der Rubrik „Weitere Informationen“ in leichter Sprache angesehen werden)

Die Konferenz beschäftigt sich dieses Jahr mit dem Schwerpunkt „Wohnen für Menschen mit Behinderung“.

Programmablauf:

Nach der Begrüßung durch Herrn Schiller wird es einen Rückblick geben zu den Themen

- Alter und Behinderung (Frau Krause),
- Beschwerdewesen des öffentlichen Nahverkehrs (Herr Becker) und
- Probleme, die seit der letzten Konferenz gelöst bzw. ungelöst sind (Birgit Rothenberg).

Anschließend werden Frau Laubrock von der Stadt Dortmund und Frau Martin vom LWL Planungen der Stadt und des Landschaftsverbandes zum inklusiven Wohnen vorstellen.

Auch Träger stellen Angebote vor.

In Form eines Worldcafés finden im Anschluss moderierte Gespräche an verschiedenen Tischen statt. Nach der Pause werden die Ergebnisse zusammengetragen und diskutiert.

Frage:

Existiert in Dortmund bereits inklusives Wohnen? Gibt es Beispiele aus nahegelegenen Städten? Wer hat die Sachkompetenz, Informationen diesbezüglich mitzuteilen?

- In Dortmund gibt es bis jetzt wenig geförderte Wohnungen. Es gibt ein Serviceteam im Gesundheitsamt, zu dem Mosaik e.V. Kontakt hat.
- Die Lebenshilfe hat im Mai eine ‚inklusive Wohngemeinschaft/ Einzelwohnen‘ in der Nettelbeckstraße ins Leben gerufen.

Antwort Bethel:

- Das Problem liegt nicht an der Nachfrage oder der fehlenden Unterstützung, sondern am nicht vorhandenen Wohnraum.

Es wird angemerkt:

Die Moderation an den Tischen des Worldcafés sollte vorab Informationen bekommen, damit sie sich vorbereiten kann. Birgit Rothenberg wird gebeten, sich mit Frau Laubrock und Frau Martin in Verbindung zu setzen, damit die Informationen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Es wird berichtet:

Im nächsten Jahr ist eine Veranstaltung vom Koordinierungsgremium zum Thema Wohnen für Menschen mit Behinderung geplant. Produkte der Regionalplanungskonferenz sollen als Input miteinfließen. Angedacht ist ein Expertenforum aller Personen, die Wohnraum schaffen können. Herr Schwohnke vom Koordinierungsgremium sollte diesbezüglich angesprochen werden.

zu 1) Ein Wechsel aus einer stationären Einrichtung in eine andere (Pflege-Eingliederungshilfe-)Einrichtung wird notwendig: Wer ist beteiligt? Was wird geprüft? Wer genehmigt? (Frau Kirsten/Stadt Dortmund; Träger angefragt)

Birgit Rothenberg berichtet:

Ein Trägervorteiler hat einen Verfahrensablauf zugeschickt. Ein Entscheidungsbaum verdeutlicht den Prozess des Wohnheimwechsels aufgrund zu hoher Pflegebedürftigkeit (oder anderer Gründe).

Es wird von Teilnehmenden berichtet:

Der Wechsel ist oftmals nicht von Seiten der Bewohner_Innen gewünscht, sondern von der Einrichtung. Müssen sich die Eltern damit abfinden oder kann sich z.B. nicht auch die Eingliederungshilfe stark machen?

Unsicherheit ist aufgekommen, als der Anpassungsausschluss unterschrieben werden sollte– gemeinsame Lösungen und Einflussmöglichkeiten sind nicht klar.

Frau Kirsten berichtet:

- Für die Stadt Dortmund gilt: Es muss immer zuerst mit der Heimaufsicht gesprochen werden. Falls diese denkt, dass es nicht mehr passt, erfolgt ein Gespräch mit den Angehörigen oder gesetzlichen Betreuern, um z.B. höhere Bedarfe zu verhandeln (anderer Personalschlüssel etc.). Ein Wechsel darf nicht einfach so entschieden werden, sondern geschieht in Einvernehmen mit allen Beteiligten. Im Zweifelsfall gibt es keine Kostenzusage. Es sind 5 stattgegebene Wechsel von Eingliederungshilfe in Pflegeeinrichtungen zu verzeichnen

Frau Steinhard berichtet:

Bethel hat nach der Gesetzesänderung in Verträgen darauf verzichtet sich bestätigen zu lassen, dass bei ansteigendem Bedarf ein Wechsel erfolgen kann.

Das Thema wurde im Koordinierungsgremium noch nicht behandelt. Die Position des Gremiums soll angefragt werden.

Weiterer Vorschlag: Heimaufsicht soll in den Aktionskreis kommen und berichten.

Wie können älter werdende behinderte Bürger unterstützt werden?

- Bethel: Es gibt Planungen individueller Lösungen, die dem Anspruch nachgehen, zu Hause altern zu können.

zu 2) Infos und Berichte

Frau Kirsten berichtet, dass es aktuell freie Wohnheimplätze für alle Hilfebedarfe in Dortmund gibt:

- zwei Plätze Wohnheim AWO in der Hirtenstraße
- einen Platz bei der AWO in Mengede
- einen Platz bei der Caritas

Es wird berichtet:

Der Psychiatriekoordinator Herr Siebert soll in den Aktionskreis eingeladen werden, damit über die Regionalplanung für psychisch kranke Menschen (u.a. Vermeidungskonzept der auswärtigen Unterbringung) gesprochen wird.

Frage an Frau Steinhard: Von wie vielen „Rückkehrern“ aus auswärtigen Heimen von Bethel wissen Sie? Nach welchen Merkmalen wird unterschieden?

- Es ist keine aktuelle Abfrage vorhanden.

Es wird berichtet:

Im Rahmen der Haushaltsplanungen der Stadt Dortmund soll auch der Behindertenfahrdienst auf der Liste der „Sparvorschläge“ stehen, nicht nur für 2015, auch in den Folgejahren soll gekürzt werden.

Das Behindertenpolitische Netzwerk will auf Meinungsbildner zugehen. Zudem soll mit der Verwaltung gesprochen werden.

Es wird berichtet:

Am 28.10. tagte der Inklusionsbeirat des Ministeriums für Arbeit und Soziales in Düsseldorf. Ein Gutachten der STUVA (Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen) über den sogenannten „E-Scooter“ (elektronische Mobilitätshilfe als günstige Version vom E-Rollstuhl) liegt vor. Das Gutachten sagt aus:

- Der E-Scooter stelle eine Gefährdung für die übrigen Fahrgäste dar.

Einziges Vorschlag dazu ist:

- Es soll auf die Krankenkassen zugegangen werden, mit der Forderung, Mobilitätsbeeinträchtigte mit verkehrstüchtigen Hilfsmitteln zu versorgen.

Anstehende Veranstaltungen:

- Inklud:Mi: Migrantenorganisationen sind eingeladen zum Netzwerktreffen behinderter Migrantinnen und Migranten am 25.11. in der Bürgerhalle am Friedensplatz
- Workshop in der Sozialforschungsstelle am 17. November zum Thema „Sozialinnovative Teilhabe“- Bericht über die Lebenslage von Menschen mit Behinderung
- Am 29.10. um 15:00 Uhr findet im Tiefbauamt ein Gespräch zwischen dem VRR und der Stadt Dortmund über das Beteiligungsverfahren statt
- Herr Ahle vom Versorgungsamt referiert am 19.11. von 17-19:00 Uhr im Zentrum für Gehörlosenkultur